

Wirtschaft / Stadtplanung

Rat ö 24.04.2012

TOP: Ö 4.1

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#)

Beschlussart: **Änderungsantrag Zähl-
gemeinschaft
SPD/GRÜNE beschlossen**

Datum: Di, [24.04.2012](#)

Status: öffentlich

Zeit: 17:00 - 21:40

Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

————— [VO/2012/0805 Ausreichendes
Gewerbeflächenangebot](#)

Status: öffentlich

Vorlage-Art: Antrag

: CDU-Fraktion

Beratungsverlauf:

Herr Jasper begründet den Antrag namens der CDU-Fraktion. Er begrüßt die festzustellende Nachfrage an Gewerbeflächen und hebt insbesondere die Ansiedlung der Firma Kaffee-Partner in jüngster Vergangenheit positiv hervor. Es zeichne sich allerdings ein Engpass ab. Hierauf sollte sich die Stadt Osnabrück bei Zeiten einrichten. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis sei in die Überlegungen einzubeziehen. Es gehe nicht nur um die Neuausweisung von Flächen, sondern vielmehr auch darum, vorhandene Flächenangebote besser auszunutzen, oder Flächen einer Umnutzung zuzuführen, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Konversion. Er hebt die Bedeutung für die Beschäftigten und die Erforderlichkeit ausreichender Gewerbeflächen für die Beschäftigungssituation hervor.

Herr Henning legt namens der SPD-Fraktion dar, dass die Zielrichtung des Ursprungsantrages der CDU-Fraktion nicht klar sei. Er verweist darauf, dass die Ausweisung von Gewerbeflächen eine Daueraufgabe der Verwaltung sei, der diese auch nachkomme. Ferner verweist er auf die dauerhaften Bemühungen der WFO und die Erfolge deren Arbeit in jüngster Vergangenheit. Er teilt die Auffassung der CDU-Fraktion, dass in den engen Grenzen des Stadtgebietes ein Problem bei der Neuausweisung von Gewerbeflächen zu sehen sei. Er verweist darauf, dass aufgrund der Bemühungen zur bedarfsgerechten Ausweisung von Gewerbeflächen in den vergangenen Jahren für den normalen Gewerbetreibenden derzeit keine Probleme bestehen. Auch in Anbetracht der Konversionsgebiete könne von einem Gewerbeflächenengpass keine Rede sein. Allerdings können Ansiedlungswünsche über mehrere Hektar nicht befriedigt werden. Er unterbreitet namens der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Änderungsantrag:

„Eine bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen darf sich nicht auf die stetige Neuausweisung entsprechender Flächen beschränken, sondern muss zunehmend unter dem Gesichtspunkt des sparsamen Umgangs von Natur und Landschaft auf Nachfolgenutzung und Flächenrecycling setzen.

Die WFO wird deshalb gebeten, darzustellen,

- was sie bisher unternommen hat, um nicht genutzte Gewerbeimmobilien in bestehenden, planungsrechtlich ausgewiesenen Gewerbegebieten (z. B. im Fledder) an den Markt zu bringen und einer gewerblichen Nutzung zuzuführen?
- wie viel Fläche gewerblicher Art in den letzten 10 Jahren einer Nachfolgenutzung zugeführt wurden?
- welche Aktivitäten zu einer verstärkten Nachfolgenutzung und Flächenrecycling im gewerblichen Bereich zukünftig ergriffen werden sollen?

Das Flächenrecycling, die Nachverdichtung und der sparsame Umgang mit Grund und Boden sind nicht nur ein gesetzliches Erfordernis des Baugesetzbuches, sondern auch erklärtes politisches Ziel des Rates der Stadt Osnabrück. Die WFO als städtisches Instrument der Wirtschaftsförderung wird aufgefordert, sich verstärkt dieser Zielsetzung zu widmen und darzustellen, was sie bisher unternommen hat, um dem Problem eines Gewerbeflächenengpases entgegen zu wirken.“

Er hebt die Bedeutung des Flächenrecyclings hervor.

Herr Bajus äußert sich namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erstaunt über den Ursprungsantrag. Die von Herrn Jasper vorgetragene Argumentation weist er als unzutreffend zurück. Er verweist auf das riesige zusätzliche Gewerbeflächenangebot, das in Osnabrück durch den Abzug der britischen Streitkräfte verfügbar sei und dass hierin ein großes Entwicklungspotenzial liege. Zu der Forderung nach einem Handlungskonzept verweist er auf den gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Osnabrück. Er äußert die Befürchtung, dass die Planungsverwaltung durch den erneuten Arbeitsauftrag daran gehindert werde, den Bebauungsplan Wissenschaftspark weiter zu bearbeiten. Der Änderungsantrag der Zählgemeinschaft zielt demgegenüber darauf ab, die vorhandenen Gewerbeflächen optimal zu vermarkten. Er sieht in der von der CDU-Fraktion angeschnittenen Frage keinen Handlungsbedarf.

Herr Dr. Thiele verweist darauf, dass im Stadtentwicklungsausschuss die entsprechende Debatte ständig geführt werde. Auch er hebt die Entwicklungsmöglichkeiten hervor, die der Konversionsprozess eröffnet habe. Er sieht dringenden Bedarf, mit dem Landkreis in der angesprochenen Frage zusammenzuarbeiten.

Frau Brandes-Steggewentz macht klar, dass die Fraktion Die Linke den Änderungsantrag der Zählgemeinschaft unterstütze. Allerdings fehle hier die Forderung nach dem Handlungskonzept.

Sie verweist Herrn Jasper in seiner Argumentation bezüglich des Zuwachses an Arbeitsplätzen in Osnabrück im vergangenen Jahr darauf, dass die neuen Arbeitsplätze in erster Linie im Bereich der Geringverdiener liegen.

Herr Mierke hält namens der Gruppe UWG/Piraten die von der CDU-Fraktion angestoßene Debatte für sinnvoll und erforderlich. Er unterbreitet den folgenden Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Eine Darstellung zu erstellen, wie zurzeit in Osnabrück Gewerbeflächenangebote vorhanden sind.
2. Ein Handlungskonzept für Stadt und Landkreis vorzulegen, das Gewerbeflächen für den Gesamttraum, im Sinne möglicher Synergieeffekte zwischen den Wirtschaftsförderungsgesellschaften WIGOS und WFO gewährleistet.“

Herr Dr. E. h. Brickwedde sieht in dem Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis/90 Die Grünen keine Alternative zum Ursprungsantrag der CDU-Fraktion. Für die Annahme der Einzelheiten des Änderungsantrages spricht er sich ebenfalls aus. Er spricht sich dafür aus, die Auswirkungen des Lückenschlusses A 33 Süd und der Umgehung Belm zu hinterfragen und den damit verbundenen ersten Ausbau der A 33 Nord einzubeziehen. Er fordert, diese mittelfristigen Änderungen der verkehrlichen Lage Osnabrücks auf die Gewerbeflächensituation zu untersuchen. Ferner sei zu hinterfragen, welche Möglichkeiten für gemeinsame Gewerbegebiete mit dem Landkreis hieraus entstehen. Die von der Verwaltung erbetenen Überlegungen sollen auch mittel- bis langfristige Perspektiven betrachten. Er hebt die Attraktivität des Standortes Osnabrück hervor – die jedoch weiterhin gesteigert werden sollte. Abschließend verweist er Frau Brandes-Steggewentz in ihrer Argumentation auf die unter anderem im VW-Werk geschaffenen Arbeitsplätze.

Herr Oberbürgermeister Pistorius macht deutlich, dass die Frage der Entwicklung von Gewerbeflächen eine permanente Aufgabe der Verwaltung und der WFO sei und gerade er als Oberbürgermeister diese Frage, als eines seiner Hauptthemen gewählt habe, zu dem er auch auf entsprechende Erfolge verweisen könne. Er hebt hervor, dass in den zurückliegenden Jahren kaum Gewerbeflächensuchende abgewiesen werden mussten; gleichzeitig bestehe jedoch anerkanntermaßen für Osnabrück im Vergleich mit anderen Städten ein strukturelles Problem durch die Begrenzung der Flächen. Das Flächenproblem der Stadt Osnabrück sei durch ein Handlungskonzept nicht zu überwinden. Gleichzeitig sei jedoch darauf hinzuweisen, dass durch die Flächenkonversion im Bereich Limberg, in Eversburg und an

der Winkelhausenkaserne die Entwicklungen noch nicht abgeschlossen seien. Er hebt hervor, dass die Flächen exzellent am Markt platziert seien.

Er verweist darauf, dass die Stadt Osnabrück derzeit nachhaltig darum bemüht sei, den Dienstleistungs- und Wissenschaftsbereich in Osnabrück zu etablieren. Ferner werden Anstrengungen unternommen, den Bereich Kreativwirtschaft voranzubringen. Er verweist auf die Problematik, dass einzelne Gewerbeansiedlungen vor Ort häufig nicht unumstritten seien und bezeichnet es als gemeinsame Aufgabe, hier ein politisches Bewusstsein für die große Bedeutung der Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistungen für die Stadt Osnabrück zu schaffen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde erneuert seinen Hinweis, dass der Änderungsantrag der Zählgemeinschaft keine Alternative zum Ursprungsantrag darstelle.

Es erfolgt eine kurze Aussprache über die Reihenfolge der Abstimmung.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis90/Die Grünen herbei:

Abweichender Beschluss:

„Eine bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbeflächen darf sich nicht auf die stetige Neuausweisung entsprechender Flächen beschränken, sondern muss zunehmend unter dem Gesichtspunkt des sparsamen Umgangs von Natur und Landschaft auf Nachfolgenutzung und Flächenrecycling setzen.“

Die WFO wird deshalb gebeten, darzustellen,

- a. was sie bisher unternommen hat, um nicht genutzte Gewerbeimmobilien in bestehenden, planungsrechtlich ausgewiesenen Gewerbegebieten (z. B. im Fledder) an den Markt zu bringen und einer gewerblichen Nutzung zuzuführen?
- b. wie viel Fläche gewerblicher Art in den letzten 10 Jahren einer Nachfolgenutzung zugeführt wurden?
- c. welche Aktivitäten zu einer verstärkten Nachfolgenutzung und Flächenrecycling im gewerblichen Bereich zukünftig ergriffen werden sollen?

Das Flächenrecycling, die Nachverdichtung und der sparsame Umgang mit Grund und Boden sind nicht nur ein gesetzliches Erfordernis des Baugesetzbuches, sondern auch erklärtes politisches Ziel des Rates der Stadt Osnabrück. Die WFO als städtisches Instrument der Wirtschaftsförderung wird aufgefordert, sich verstärkt dieser Zielsetzung zu widmen und darzustellen, was sie bisher unternommen hat, um dem Problem eines Gewerbeflächenengpasses entgegen zu wirken.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die zwei Stimmen der Gruppe UWG/Piraten **angenommen.** Die Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe UWG/Piraten und den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion erfolgt nicht.